

Warum Israel seine Politik des Schusswaffengebrauchs ändert: Drei mögliche Antworten

Ramzy Baroud, 03.01.22

Auch wenn die Entscheidung des israelischen Militärs, seine Politik des Schusswaffengebrauchs zu ändern, zu einem anscheinend unerwarteten Zeitpunkt kommt, ist sie immer noch alarmierend.

Es gibt täglich zahlreiche Beispiele dafür, dass Palästinenser, darunter auch Kinder, ungestraft erschossen werden, ob sie nun Steine werfen oder nicht, ob sie zur Schule gehen oder nur gegen die illegale Beschlagnahme ihres Landes durch das israelische Militär oder bewaffnete Siedler protestieren.

Die Entscheidung des israelischen Militärs, seine bisherige Praxis des Schusswaffengebrauchs im besetzten Westjordanland zu revidieren, erscheint auf den ersten Blick verwirrend. Warum sollte es sinnvoll sein, israelischen Soldaten den Freiraum zu geben, noch mehr Palästinenser zu erschießen, wenn die bestehenden Armee-Handbücher ihnen bereits eine nahezu totale Immunität und eine geringe rechtliche Verantwortlichkeit zugestanden hatten?

Die neuen militärischen Vorschriften erlauben es nun israelischen Soldaten, auf fliehende palästinensische Jugendliche mit scharfer Munition zu schießen und sie sogar zu töten, weil sie angeblich Steine auf israelische „zivile“ Autos geworfen haben. Dies gilt auch für Situationen, in denen die vermeintlichen palästinensischen „Angreifer“ zum Zeitpunkt der Schüsse keine Steine in der Hand halten.

Der Verweis auf „Zivilisten“ im überarbeiteten Armeehandbuch bezieht sich auf bewaffnete israelisch-jüdische Siedler, die das besetzte Westjordanland und Ostjerusalem unter Missachtung des Völkerrechts und der palästinensischen Souveränität kolonisiert haben. Diese Siedler, die oft als paramilitärische Kräfte in enger Zusammenarbeit mit der israelischen Armee operieren, gefährden das Leben ihrer eigenen Familien, indem sie sich auf besetztem palästinensischem Land niederlassen. Nach Israels pervertierten Maßstäben sind diese gewalttätigen Israelis, die im Laufe der Jahre zahlreiche Palästinenser getötet und verwundet haben, „Zivilisten“, die vor steinewerfenden palästinensischen „Angreifern“ geschützt werden müssen.

In Israel ist Steinewerfen ein „schweres Verbrechen“ und Palästinenser, die Steine werfen, sind „Kriminelle“, so Liron Libman, Israels ehemaliger oberster Militärstaatsanwalt, in seiner Stellungnahme zu den neuen

Vorschriften. In Israel gibt es kaum Widerspruch zu diesen Behauptungen, auch nicht bei denjenigen, die die Rechtmäßigkeit der neuen Vorschriften in Frage stellen. Der Streitpunkt ist laut Libman und anderen, dass „eine Person, die flieht, keine Bedrohung darstellt“, obwohl, laut Libman selbst, „die neue Politik möglicherweise gerechtfertigt sein könnte“, berichtete die *Times of Israel*.

Es ist wahr, dass Israel gegen die Mindeststandards des internationalen und humanitären Rechts verstößt, aber es liegt in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Palästinenser zu schützen, deren Leben auch dann wertvoll bleibt, wenn Israel dies nicht akzeptiert.

Die „Debatte“ in den israelischen Medien über das neue Konzept des Schusswaffengebrauchs erweckt den falschen Eindruck, dass sich in den Beziehungen der israelischen Armee zu den besetzten Palästinensern etwas Grundlegendes geändert hat. Dies ist keineswegs der Fall. Es gibt täglich zahlreiche Beispiele dafür, dass Palästinenser, darunter auch Kinder, ungestraft erschossen werden, ob sie nun Steine werfen oder nicht, ob sie zur Schule gehen oder nur gegen die illegale Beschlagnahme ihres Landes durch das israelische Militär oder bewaffnete Siedler protestieren.

In dem palästinensischen Dorf Beita im nördlichen Teil des besetzten Westjordanlandes sind seit Mai neun unbewaffnete Palästinenser getötet worden. Dieses kleine Dorf ist der Schauplatz regelmäßiger Demonstrationen gegen die Ausweitung der jüdischen Siedlungen und gegen den illegalen Siedlungsaußenposten Eviatar in der palästinensischen ländlichen Region des Mount Sabih. Zu den Opfern gehört auch Muhammad Ali Khabisa, der 28-jährige Vater eines acht Monate alten Kindes, der im vergangenen September erschossen wurde.

Obwohl die neuen Vorschriften den Status der vermeintlichen israelischen Opfer hervorheben, indem sie sie als „Zivilisten“ bezeichnen, hat das israelische Militär praktisch genau denselben Maßstab angewandt, um angebliche palästinensische Steinewerfer zu erschießen, zu verstümmeln und zu töten, selbst wenn keine bewaffneten Siedler anwesend sind. Ein berühmter Fall aus dem Jahr 2015 betraf die Tötung eines 17-jährigen palästinensischen Teenagers, Mohammad Kosba, durch den israelischen Armeeoberst Yisrael Shomer. Letzterer behauptete, Kosba habe einen Stein auf sein Auto geworfen. Daraufhin verfolgte Shomer den palästinensischen Teenager, schoss ihm in den Rücken und tötete ihn.

Der israelische Offizier wurde für sein Verhalten „getadelt“, nicht weil er den Jungen getötet hatte, sondern weil er nicht angehalten hatte, „um richtig zu zielen“, wie die *Times of Israel* berichtet. Der damalige israelische militärische Chefankläger kam zu dem Schluss, dass „die Anwendung tödlicher Gewalt durch Shomer im Rahmen des Festnahmeprotokolls aufgrund der Umstände des Vorfalls gerechtfertigt war“.

Israels Missachtung des Völkerrechts bei seinen Angriffen auf Palästinenser ist kein Geheimnis. Israelische und internationale Menschenrechtsgruppen haben das unmenschliche und barbarische Verhalten der israelischen Armee in den besetzten Gebieten immer wieder verurteilt.

Bereits 2014 verurteilte *Amnesty International* in einem ausführlichen Bericht Israels „kaltschnäuzige Missachtung von Menschenleben in Gestalt von Dutzenden getöteter palästinensischer Zivilisten, darunter auch

Kinder, im besetzten Westjordanland in den vergangenen Jahren.“ AI sagte, dass solche Tötungen „fast völlig straffrei“ stattgefunden hätten(1).

„Die Häufigkeit und Persistenz willkürlicher und gewaltsamer Übergriffe auf friedliche Demonstranten im Westjordanland durch israelische Soldaten und Polizisten - und die Straffreiheit, welche die Täter genießen - lässt vermuten, dass dies aus politischen Gründen geschieht“, heißt es im *Amnesty*-Bericht.

Dem stimmt sogar die israelische Menschenrechtsorganisation *B'tselem* zu. Die Organisation beklagt die *Shoot-to-kill*-Politik der israelischen Armee, die auch auf „Menschen, die bereits ‚neutralisiert‘ wurden“ angewendet wird. Im Fall von Abdel Fattah al-Sharif, einem Palästinenser, der 2016 in Al-Khalil (Hebron) von einem israelischen Militärsanitäter, Elor Azaria, aus nächster Nähe erschossen wurde, war dieser ja tatsächlich nicht nur „neutralisiert“, sondern auch bewusstlos.

Der Ansicht von *B'tselem* zufolge sind israelische „Soldaten und Polizeikräfte zu Richtern, Geschworenen und Henkern geworden.“ Angesichts dieser tragischen und unheilvollen Entwicklungsgeschichte drängt sich die Frage auf, warum die israelische Armee ihre Politik des Schusswaffengebrauchs gerade jetzt ändern sollte. Es gibt drei mögliche Antworten:

Erstens: Die israelische Regierung und die Armee rechnen mit einem Erstarren des palästinensischen Volkswiderstands in den kommenden Monaten, möglicherweise als Folge der massiven Ausweitung der illegalen Siedlungen und der Zwangsräumungen im besetzten Ost-Jerusalem.

Zweitens: Durch die perfekte Angleichung der bestehenden Politik des Schusswaffengebrauchs an die bereits bestehende aggressive militärische Praxis des *shoot-to-kill* (Todesschuss-Praxis d. Ü.) müssten sich israelische Gerichte bei der Tötung von Palästinensern, einschließlich Kindern, ungeachtet der Umstände ihrer Tötung nicht mehr mit rechtlichen Konsequenzen auseinandersetzen.

Und schließlich: Die geänderten Vorschriften würden Israel die Möglichkeit geben, sich im Rahmen der laufenden Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen im besetzten Palästina zur Wehr zu setzen.

Der israelische Generalstaatsanwalt wird nun behaupten, dass in Palästina keine Kriegsverbrechen begangen werden, da die Tötung von Palästinensern im Einklang steht mit Israels eigenem militärischem Handeln und Justizsystem. Da der IStGH gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher und nicht gegen die Regierung selbst ermittelt, hofft Israel, dass es seinen eigenen Mördern ersparen kann, sich mit den rechtlichen Vorstellungen des Gerichtshofs auseinandersetzen zu müssen.

Auch wenn der Zeitpunkt der Entscheidung des israelischen Militärs, seine Politik des Schusswaffengebrauchs zu ändern, abrupt und ohne größeren Zusammenhang zu sein scheint, so ist die Entscheidung nichtsdestoweniger nach wie vor bedrohlich. Wenn das Militär eines Landes beschließt, dass es legal ist, einem Kind in den Rücken zu schießen, ohne dass es Beweise dafür gibt, dass von dem angeblichen „Verbrecher“ irgendeine Gefahr ausgeht, muss die internationale Gemeinschaft dies zur Kenntnis nehmen.

Es ist wahr, dass Israel gegen die Mindeststandards des internationalen und humanitären Rechts verstößt, aber es liegt in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, die Palästinenser zu schützen, deren Leben auch dann wertvoll bleibt, wenn Israel dies nicht akzeptiert.

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/01/why-israel-is-amending-its-open-fire-policy-three-possible-answers>

1. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2014/02/trigger-happy-israeli-army-and-police-use-reckless-force-west-bank/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de